



Dringlichkeitsantrag 2

zum Plenum als Nr. 2

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Freiheitsenergien ausbauen - Erneuerbare Energien verteidigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die erneuerbaren Energien ein Garant für unsere Freiheit und Sicherheit sind und bekennt sich klar für mehr Unabhängigkeit von teurem, klimaschädlichem Öl und Gas.

Der Landtag befürwortet in Anbetracht der enormen preislichen Verwerfungen an den internationalen Öl- und Gasmärkten weiter einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Freistaat, welcher sich am Ausbaupfad des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes orientiert. Maßnahmen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Hintertür blockieren, lehnt der Landtag entschieden ab.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sämtliche energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere das geplante Netzpaket, die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes sowie das Gebäudemodernisierungsgesetz auf nachteilige Auswirkungen auf Bayern zu prüfen und sich für deren grundlegende Korrekturen zu Gunsten der erneuerbaren Energien und effizienter Technologien einzusetzen.

Begründung:

Die aktuelle Energiekrise hat – wiederholt und schonungslos – offengelegt, wie verwundbar Bayern durch seine Abhängigkeit von importiertem Öl und Gas ist. Explodierende Preise, unsichere Lieferketten und geopolitische Spannungen zeigen: Fossile Energien sind kein Garant für Sicherheit – sie sind ein Risiko.

Erneuerbare Energien sind dagegen heimisch, verlässlich und auf Dauer günstiger. Schon heute dämpfen sie die externen fossilen Preisschocks. Wer in Wind- und Solarenergie investiert, stärkt nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität, politische Unabhängigkeit

und die Freiheit der Menschen in Bayern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist damit keine Option mehr, sondern eine Notwendigkeit.

Trotzdem ist der weitere Ausbau akut bedroht durch politische Blockaden und Maßnahmen, die Fortschritt verhindern, statt ihn zu ermöglichen. Das ist angesichts der Lage nicht hinnehmbar. Insbesondere jetzt braucht es klare Prioritäten: Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss sich konsequent an den ambitionierten Zielen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes orientieren – ohne Hintertüren, ohne Abschwächungen.

Die Staatsregierung steht in der Verantwortung, diese Interessen entschlossen zu vertreten und einen echten energiepolitischen Neustart einzufordern: die Erneuerbaren Energien müssen als Garant der Freiheit weiter ausgebaut werden. Alles andere wäre ein Festhalten an Abhängigkeiten, die sich Bayern nicht mehr leisten kann.